

ZDF 6. November 2000, 19.00 Uhr
Bericht über ÖTV-Gewerkschaftstag Leipzig



Es wurde beschlossen, dem „Basta!“ des Kanzlers ein „Avanti - auf die Straße!“ entgegen zu setzen.



ÖTV-Gewerkschaftstag 10. November 2000
Protestaktion gegen die Kanzlerrede zur Renten“reform“
„Avanti - auf die Straße“ kontert Kanzler - „Basta“

(Focus oder Spiegel)



„Wir machen das. Basta!“

Schröder gibt Druck bei den Renten nicht nach – Rede bei ÖTV

Leipzig. (dpa) Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) hat vor den Delegierten des 14. Bundeskongresses der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) die Pläne zur Rentenreform vehement verteidigt. Die Reform sei notwendig, betonte er am Sonntag in Leipzig: „Wir werden das machen. Basta.“ Einige Delegierte des Gewerkschaftstages quittierten diese Aussagen Schröders mit Pfiffen und verließen den Kongresssaal.

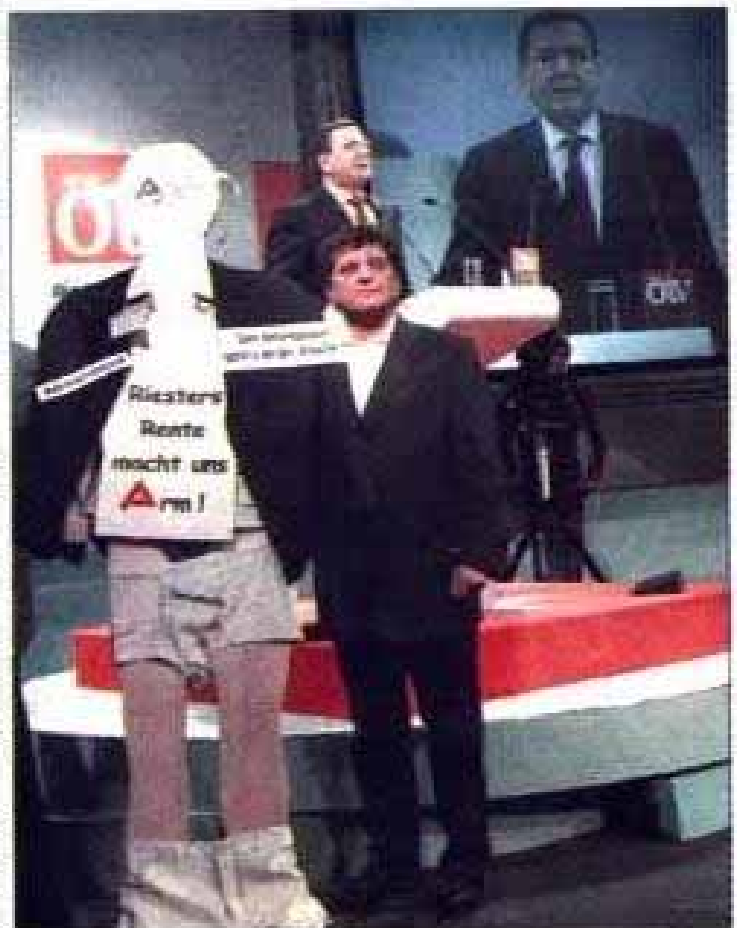
Die Aussichten für eine parteiübergreifende Einigung bei der Rentenreform sind allerdings am Wochenende weiter gesunken. Auch die Union beharrte zwei Wochen vor der ersten Lesung im Bundestag auf weiteren Nachbesserungen am Konzept von Arbeitsminister Walter Riester (SPD) und drohte mit einer Rücknahme der rot-grünen Reform im Fall eines Machtwechsels in zwei Jahren.

Schröder verwies auf die demografische Entwicklung sowie die Zunahme von so genannten gebrochenen Erwerbsbiografien. Ferner müssten die Rentenbeiträge für die Jungen finanzierbar bleiben. Neben der umlagefinanzierten müsse deshalb eine kapitalgedeckte Rentenversicherung aufgebaut werden. Nach den Plänen der Bundesregierung soll die zweite Säule der Rentenversicherung nur von den Arbeitnehmern bezahlt werden.

Auch ÖTV-Chef Herbert Mai pochte auf Nachbesserungen bei der Rentenreform. Es müsse bei der hälftigen Finanzierung der Beiträge durch die Arbeitgeber bleiben, forderte er. Ferner dürfe das Rentenniveau nicht so weit abgesenkt werden.

Eigentlich ist die geplante Supergewerk-

schaft im Dienstleistungsbereich - ver.di - das zentrale Thema des 14. Bundeskongresses der ÖTV, bei dem Schröder sprach. Der Gewerkschaftstag - das höchste Beschlussgremium der ÖTV - wird auf seinem einwöchigen Kongress eine Vorentscheidung darüber treffen, ob die ÖTV weiter in der Gruppe der Fusionsgewerkschaften bleibt.



Protest mit „heruntergelassenen Hosen“ gegen Riesters Rentenpläne in Leipzig.

Foto: AF

Thema Rentenreform

Auszug aus der Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Gewerkschaftstag

Im Verlauf der Rede tritt neben dem Rednerpodium eine Delegiertengruppe mit einer teilweise entkleideten Puppe mit der Aufschrift "Riesters Rente macht uns arm!" auf.

"... Unsere Konzeption ist also, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Rentensystem für die Älteren so sicher wie in dieser Welt möglich zu machen, es aber zugleich für die Jüngeren bezahlbar zu halten. Das ist ein Grundsatz aktiver Solidarität zwischen den Generationen, der nicht verletzt werden darf. (Kurzer Beifall, Buh-Rufe)

Wer so vorgehen will, der muss neben der Umlagefinanzierung - da kann man so viel Buh rufen wie immer man will - nicht an Stelle der Umlagefinanzierung, das aufbauen, was man Kapitaldeckung nennt, also eine zweite Säule, hinstellen, damit das gesamte System auch in Zukunft tragfähig bleibt. (Buh-Rufe)

Das werden wir tun, weil das notwendig ist. (Zwischenruf Delegierter Dietrich Schulze: Das ist nicht notwendig!) **Du kannst so viel erzählen, wie Du glaubst erzählen zu sollen - es ist notwendig und wir werden es machen. Basta!** (Pfiffe, Buh-Rufe)"

K 47-2 Marianne Kugler-Wendt und Kolleginnen und Kollegen

Widerstand gegen Rentenreform

Zur Darstellung unserer Kritik und zur Durchsetzung unserer Forderungen zur Rentenreform organisiert die Gewerkschaft ÖTV unverzüglich in allen Landesbezirken Demonstrationen.

Die Rede von Bundeskanzler Schröder auf dem Gewerkschaftstag der ÖTV am 5. November 2000 machte deutlich, dass im Rahmen der Anhörung zur Rentengesetzgebung Argumente keinen Erfolg mehr haben werden.

Mit deutlichen Worten wie "Basta" beschrieb Bundeskanzler Schröder seine Haltung. Darauf antworten wir mit "Avanti" und gehen auf die Straße.

Angenommen

K 47-0 Ulla Derwein und Kolleginnen und Kollegen

Rentenreform 2000

Mit der Vorlage eines Referentenentwurfes zur "Rentenreform 2000" unternimmt die Bundesregierung die Aushöhlung der gesetzlichen Rentenversicherung und eine umfangreiche Individualisierung der Risiken,

die die gesetzliche Rentenversicherung bisher abdeckt. Die sich daraus ergebenden Lasten zur privaten Abdeckung der Risiken werden in vollem Umfang auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt. Eine solche "Rentenreform" kann die Gewerkschaft ÖTV nicht mittragen.

- Die Gewerkschaft ÖTV lehnt die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rentenversicherung strikt ab.
- Die alleinige Finanzierung der privaten Altersvorsorge durch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soweit sie Teile der gesetzlichen Rentenversicherung ersetzen soll, und die Aufgabe des Grundsatzes der paritätischen Finanzierung der Altersvorsorge lehnt die Gewerkschaft ÖTV ab.
- Bei der Förderung der Altersvorsorge muss die Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst einbezogen werden.
- Die Gewerkschaft ÖTV fordert die flächendeckende Einführung der betrieblichen Altersvorsorge.
- Die Gewerkschaft ÖTV fordert eine konkrete Ausgestaltung der Vorschläge für eine eigenständige Alterssicherung für Frauen, die auch einen tatsächlichen Einstieg in die eigenständige Alterssicherung der Frauen gewährleistet. Eine Reduzierung der Hinterbliebenenrente kann nur in dem Maße erfolgen, wie eine eigenständige Alterssicherung der Frauen aufgebaut wird.
- Die im Zuge der Haushaltskonsolidierung beschlossene Kürzung der Rentenbeiträge für Bezieherinnen und Bezieher von Arbeitslosenhilfe muss rückgängig gemacht werden.

Angenommen

K 47-1 Michael Wendl und Kolleginnen und Kollegen

Widerstand gegen die Rentenreform

Die Delegierten des Gewerkschaftstages der ÖTV im November 2000 in Leipzig lehnen den von der Bundesregierung vorgeschlagenen Rentenkompromiss in der Fassung des Referentenentwurfes ab. Sie fordern den Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV auf, sich entschieden für die Durchsetzung folgender Forderungen einzusetzen:

1. Beibehaltung der paritätischen Finanzierung in der gesetzlichen Rentenversicherung.

1. Absage an die Privatisierung eines Teils der Altersvorsorge zu Lasten des Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung. Wenn eine Kapitaldeckung eingeführt werden soll, dann im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung.
2. Aufrechterhaltung eines Nettorentenniveaus

von rund 68 % ab dem Jahre 2002.

3. Einbeziehen aller Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung, also auch der Beamten und Selbständigen. Orientierung des Arbeitgeberbeitrags in der Rentenversicherung an der Wertschöpfung des Unternehmens.

Angenommen

K 47 Bezirkskonferenz NRW II

Ablehnung des Rentenkonzeptes der Bundesregierung

Die Gewerkschaft ÖTV lehnt das von Bundesarbeitsminister Riester vorgelegte Rentenkonzept ab. Es stellt keine Reform, sondern eine Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber und der privaten Versicherungswirtschaft dar. Die Lasten tragen die Beitragszahler und künftigen Rentnergenerationen.

Riester hält wieder besseres Wissen an der Legende fest, die Überalterung der Bevölkerung sei die Ursache der Krise der Rentenversicherung. Solange es die gesetzliche Rentenversicherung gibt, hat sie die wachsende Lebenserwartung mühelos verkraftet. Der kontinuierliche Produktivitätsfortschritt hat es erlaubt, ohne zusätzliche Belastung der jüngeren Generation auch denen ein Leben in Würde zu ermöglichen, die nicht mehr am Produktionsprozeß beteiligt sind.

Ein wesentlicher Krisenfaktor ist der Rückgang der Zahl der Beitragszahler. Gäbe es keine Massenarbeitslosigkeit, wäre die soziale Sicherung und deren Finanzierung kein Thema. Daneben findet seit langem eine schleichende Auszehrung des betrieblichen Arbeitsverhältnisses und damit der Grundlage der Beitragszahlung statt. In der Konsequenz der Reformen zur Neuregelung der sog. Scheinselbständigkeit und geringfügigen Beschäftigung läge es, endlich auch andere Beschäftigtengruppen und Einkommensarten zur Finanzierung der Sozialsysteme heranzuziehen, wie Selbständige und die Bezieher von Vermögenseinkommen.

Auch die Legende vom Generationenkonflikt geht an der Realität vorbei. Wie soll es zur Entlastung der nachwachsenden Generationen beitragen, wenn sie, statt einer Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge, zukünftig durch die Einführung einer verpflichtenden privaten Rentenversicherung doppelte Beiträge zu zahlen haben. Die künftige Generation wird nicht entlastet, sondern über Gebühr belastet. Entlastet werden ausschließlich die Arbeitgeber durch den Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung. Was als Beitrag zur Generationengerechtigkeit angekündigt wird, ist in Wahrheit eine beachtliche Umverteilung zugunsten der Arbeitgeber und zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Die Beitragsüberwälzung von den Arbeitgebern auf die Beschäftigten soll durch öffentliche Zuschüsse und steuerrechtliche Privilegierung erleichtert werden. Hier handelt es sich um die verdeckte Subventionierung der privaten Versicherungswirtschaft. Die zusätzliche Haushaltsbelastung spielt für die Bundesregierung

dabei überhaupt keine Rolle. Ganz im Gegenteil zu dem jährlichen Getöse um die Bundeszuschüsse zur Sozialversicherung.

Die eigentlichen Leidtragenden sind die zukünftigen Rentnerinnen und Rentner. Insbesondere Frauen werden in übergroßer Mehrzahl zur Sozialhilfe verurteilt. Frauen, die aufgrund ihrer Erwerbsbiografie ohnehin in der gesetzlichen Rente benachteiligt sind, werden dieselben Probleme haben, eine angemessene private Vorsorge anzusparen. Durch die geplanten Abschläge werden sie noch zusätzlich getroffen.

Wenn erst einmal Millionen Anspruchsberechtigte für ihre Beiträge auf Sozialhilfeniveau gesunken sind, verliert die gesetzliche Rente ihre Anerkennung. Was scheinbar harmlos als flankierende Eigenvorsorge daherkommt, wird aufgrund der Zangenbewegung von Unterfinanzierung und Leistungskürzung der gesetzlichen Rentenversicherung die Grundlage entziehen.

Das Rentenkonzept der Bundesregierung gefährdet das System des solidarischen Ausgleichs und der sozialen Gerechtigkeit.

Wir brauchen eine Reform der Rentenversicherung, die

- an der paritätischen Finanzierung festhält und sich vom Dogma der angeblich überhöhten Lohnnebenkosten befreit,
- die Finanzierungsbasis durch Einbeziehung weiterer Beitragszahler erweitert
- und die Beitragszahlung der Arbeitgeber an der jährlichen Wertschöpfung orientiert.

Wir brauchen eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die die Massenarbeitslosigkeit beseitigt

Angenommen als Material zu Antrag K 47-0